

Merkelburger Tageblatt

Merkelburger Zeitung

Das Blatt erscheint monatlich 10 Mal, am 1. und 15. des Monats, ausser die Sonntage, die Feiertage und die Tage der Wahlen. Preis 1.00 RM. Inlandsendung 1.00 RM. Auslandsendung 1.50 RM. (Postgebühren eingeschlossen). - Im Falle Abwesenheit des Abonnenten wird das Blatt an den nächsten Verwandten oder Bekannten des Abonnenten zugestellt.

Kreisblatt

Merkelburger Kurier

Das Blatt erscheint 10 Mal wöchentlich, am 1. und 15. des Monats, ausser die Sonntage, die Feiertage und die Tage der Wahlen. Preis 1.00 RM. Inlandsendung 1.00 RM. Auslandsendung 1.50 RM. (Postgebühren eingeschlossen). - Im Falle Abwesenheit des Abonnenten wird das Blatt an den nächsten Verwandten oder Bekannten des Abonnenten zugestellt.

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landkreises Merseburg.

Einzelpreis 15 Pfg.

Merseburg, Dienstag, den 21. April 1931

Nummer 92

Ein vielsagendes Eingeständnis Geberings:

„Falsche Handhabung“ gesetzlicher Bestimmungen durch die preussischen Behörden.

Unter der bescheidenen Überschrift „Wegen falsche Auslegung und Handhabung der Rotverordnungen“ seit der Amtliche Preussische Pressebericht mit der preussische Minister des Innern habe am 17. April in einem Rundschreiben an alle preussischen Behörden darauf hingewiesen, dass die Rotverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der politischen Ausschreitungen erlassen sei und nicht zur Bekämpfung politischer Straftaten führen dürfe. Der Minister missbilligt die falsche Auslegung der Rotverordnung auf schärfer Seite und weist die Polizeiverwalter persönlich für die ordnungswidrige Durchführung der Rotverordnung hin.

In Ergänzung seines Erlasses vom 1. d. über die Richtlinien zur Durchführung der Rotverordnung bündelt der Minister an, dass in Zukunft für die Zulassung von Plakaten und Flugblättern je nach dem Verwaltungsbezirk dieses Propagandamaterials im Ort, Kreis, Regierungsbezirk oder in der Provinz die Kreispolizeibehörde, der Landespräsident, der Regierungspräsident oder der Oberpräsident zuständig sind. Diese sind verpflichtet, von ihrer Entscheidung den untergeordneten Instanzen unverzüglich Nachricht zu geben, damit eine einheitliche Durchführung eines Beschlusses oder einer Erlaubnis gewährleistet wird.

— Nachdem das Volksbegehren seit drei Wochen lang in schwerer Weise von den rotbraunen Behörden behindert worden ist, kündigt Herr Gebering plötzlich an, die falsche Auslegung und Handhabung der Rotverordnung aus schärfer Seite zu missbilligen. Aber mit dieser Erklärung können keine Minister handeln, unter deren Regiment die Behörden (1) falsche Auslegungen und Handhabungen von gesetzlichen Bestimmungen vornehmen, und keine Minister, die erst nach Wochen gegen „Beschränkung politischer Freiheiten“ und „falsche Auslegung und Handhabung“ eintrifften. Der preussische Innenminister und der Amtliche Preussische Pressebericht geben jetzt selber zu, dass preussische Behörden gesetzliche Bestimmungen nicht wahren und wahren selber nicht, die Behörden zu einschuldigen. Vielmehr müssen sie den „Rechtsverwaltern“ — also denen, die Kraft Gesetzes nicht in Bezug auf ihre Verantwortlichkeit Vorbild aller Staatsbürger sein, sondern sollen, sondern „die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gegenüber allen Bürgern zu wahren haben — androhen, sie verhaftbar zu machen!

Sind solche Zustände mit den Aufgaben und der Würde des Staates vereinbar? Nein!

Das muß schärflich und endgültig anders werden. Und das zu ändern, ist der Zweck und Sinn des Volksbegehrens.

Preußen soll wieder ein Staat des Rechtes und der Gerechtigkeit werden in dem „falsche Auslegung“ und „falsche Handhabung“ von gesetzlichen Bestimmungen sogar durch Behörden (1) nicht mehr vornehmen. Darum:

Jedermann zum Volksbegehren!

Der „große Plan“ der Reichsregierung.

Das Reichskabinett wird am Donnerstag zu einer langen Reihe von Kabinettsberatungen zusammenzutreten, die eine große Reform- und Schulungsarbeit bringen sollen, die man amtlich als den „großen Plan“ bezeichnet.

Es handelt sich vor allem um die Arbeitsbeschaffung, Sozialversicherung und Arbeitslosenfrage, ferner um die Sozialpolitik (Mazardsolle und Solluntan mit Deckerrecht), ferner um die Finanzfragen und im Zusammenhang damit auch um die Beamtengehälter.

Da der Reichstag ausgeschaltet ist und die Abgabe der Vorlagen drängt, ist mit einer baldigen Erlass neuer weitgehender Rotverordnungen zu rechnen.

Ein Eindeutiges Volksbegehren würde von maßgebendem Einfluß auch auf den Inhalt der neuen Rotverordnungen sein.

Noch immer fehlen 18500!

„Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“ (Goethe.)

Am 14. September 1930 wurden in Halle 68500 Stimmen für die nationalen Parteien abgegeben, zum Volksbegehren bis Montagabend nicht ganz 50000. Noch immer fehlen 18500 in der Volksbegehrenliste. Dabei zeigen die bisherigen Einzelmeldungen aus Gesamtpreußen: **Der Sieg hängt möglicherweise von einigen Tausend Stimmen ab!**

Jeder, der fehlt, stellt sich also der Wiedererweckung Preußens entgegen. Wer darf es wagen, das auf sich zu nehmen? Jeder, auch der letzte Mann, die letzte Frau, müssen sich noch entscheiden.

Halle muß auf 68500 kommen.

Mit einem letzten großen, energiegelassen Kund und Massenandrang ist das zu schaffen.

In den übrigen Provinzstädten und auf dem Lande ist es ähnlich. Noch immer fehlen Hunderttausende. Sie müssen heute kommen, Mann für Mann. Keiner darf sich morgen sagen: Du bist mit ich. Du hast nichts dagegen getan, daß das Volksbegehren festhält und in Preußen und im Reich die Mitsprachefreiheit und Rot weiterbauern und weiterwachen und auch dich verpflichten.

Noch hast Du Deine Existenz. Wie lange noch?

Siehe zu, schreie dich ein. Heute ist der letzte Tag!

Die französischen Spione rücken ab.

Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die französische Polizei in Berlin den drei französischen Offizieren, die unter Spionageverdacht in Königsberg festgenommen und wieder freigelassen wurden, die Weisung erteilt, Deutschland und Deutschland unverzüglich zu verlassen.

Sie hatten Festungsanlagen fotografiert!

Die den französischen Offizieren in Königsberg abgenommenen Aufnahmen sind inzwischen entwickelt worden.

Die Bilder zeigen Festungsanlagen und ferner Truppenabteilungen, die mit einem Gerät über, dessen Geheimhaltung anderen Staaten gegenüber im Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlich ist.

Die Aufnahmen sind teilweise durch einen Mann hindurch gemacht worden, setzen also Rückschlüsse auf den Kameramann und nicht etwa auf einem dem Publikum unzugänglichen freien Platz. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß jede Zivilperson, die bei Handlungen angetroffen würde, wie sie die französischen Offiziere in Königsberg hinsichtlich der Spionageverdachts festgenommen und freigelassen wurden, sich demselben Verdacht ausgesetzt sieht.

der Polizei bzw. dem Gericht übergeben würde. Die Tat wird in Deutschland mit Justizhans bedroht.

Tabei muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die betreffenden Offiziere zur Wachfristenaufstellung des französischen Generalsstabes gehören.

Die Reichsregierung

scheint trotz der Schwere des Deliktes sich mit dem Verbot der Schulden aus Deutschland begnügen zu wollen, obwohl in einem umgekehrten Falle deutsche Offiziere oder Personen, die sich in gleicher Weise schuldig gemacht hätten, in Frankreich sofort festgesetzt, vor ein Kriegsgericht gestellt und zweifellos aufs Schwerste bestraft worden wären.

Die Anweisung an die Offiziere, deutschen Boden zu verlassen, ist eine Selbstverständlichkeit und man muß sich nur darüber wundern, daß die Reichsregierung die französischen Spione ungehindert Deutschland verläßen läßt.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat dem französischen Vorkarrier Bedienerde erhoben.

Das Reichsgericht mildert das Stahlhelm-Bezugsverbot.

Die Bundesprezidentelle des Stahlhelms teilt mit, daß sie insofern durch den 4. Strafenatz des Reichsgerichts folgende Mitteilung erteilt.

Die Reichsbehörde wird mit der Maßgabe verworfen, daß die Verbotshäuser zur Zeit bis zum 1. Mai 1931 einschließlichs beibehalten wird.

Damit würde die Zeitung „Der Stahlhelm“ auf rund drei Wochen gegen urprünglich drei Monate verurteilt sein. Aber der eigentliche Zweck des Verbotss, das Zentralorgan der Stahlhelmsbewegung bis zum Ablauf der Eintragungsdauer lahmzulegen, ist erreicht, trotzdem man der Entscheidung deutlich anmerkt, daß das Reichsgericht das Verbot eigentlich für nicht notwendig hält.

Nur schleunigst Schluß Ein Erlass Geberings.

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hat der preussische Innenminister die Regierungspräsidenten erteilt, die Gemeindeverleiher zu sorgfältiger Beachtung des § 19 der Landesabstimmungsordnung anzuhalten, wonach die Eintragungsnutzen unverzüglich nach Ablauf der Eintragungsnutzen vorgeschriebener Beurteilung abzugeben sind.

sind. Eintragungen nach Ablauf der Frist seien unter allen Umständen zu verhindern.

Gebering scheint es höchlich mit der Angst bekommen zu haben, weil die Eintragungen zum Volksbegehren gerade in den letzten Tagen hart waren. Ergebe jeder, der noch fehlt, dafür, daß der letzte Tag ein besonders schwerer Schlag für die rote Preussenregierung wird.

Die spanischen Sozialisten gegen die Regierung.

Der sozialistische spanische Finanzminister Prieto gab die entsetzende Erklärung ab, daß die spanischen Sozialdemokraten bis zum Aufbruch der Nationalversammlung in der Regierung bleiben würden, da ein längeres Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Elementen ihren Grundföhen widerstrebe. Die Nationalversammlung, die ursprünglich erst nach etwa sechs Monaten einberufen werden sollte, werde bereits in drei Monaten zusammenzutreten können.

— Wie fonderbar das anmutet, einmal von Sozialisten zu hören, die „Grundföhen“ haben und besitzen. Darin sind die Sozialisten entschieden nicht „international“, denn bei den deutschen Sozialisten ist Trenne gegenüber den Grundföhen unbekannt.

Die Herrschaft der Parteibuchbeamten in Preußen.

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

Die preussische Verwaltung gilt in der Öffentlichkeit mit Recht als die Domäne der Parteibuchbeamten oder Ankeristen, d. h. derjenigen Männer, die ohne fachliche Vorbildung in leitende Stellungen gelangt sind. Im allgemeinen glaubt man den Kreis dieser Ankeristen beschränkt auf die politischen Beamten im engeren Sinne, d. h. auf die Ober-, Regierungs-, Kreispräsidenten und Landräte. In Wirklichkeit ist der Kreis jedoch bedeutend größer.

„Politische“ Beamte waren schon im 19. Jahrhundert die Staatssekretäre und Ministerialdirektoren, zu denen durch das Gesetz vom 31. Dezember 1922 zur Beförderung der republikanischen Staatsform noch die Vizepräsidenten der Oberpräsidien, der Regierungen sowie des Polizeipräsidiums in Berlin hinzugezogen sind. Dieses Gesetz hatte den ausgeschloffenen Zweck, die Rechtsunterlage für die Beförderung aller Beamten der preussischen Staatsform zu schaffen, die nicht den Parteien der Weimarer Koalition angehörten; denn das Fehlen des „politischen“ Beamten bezieht darin, daß er jederzeit ohne Angabe von Gründen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden kann. Von dieser Möglichkeit hat die preussische Regierung dann ausgiebig Gebrauch gemacht, zuletzt am 12. März 1928, als 7 altbekannte Regierungspräsidenten auf einen Schlag lediglichs deshalb in den Ruhestand versetzt wurden, weil sie nicht der Weimarer Koalition angehörten.

Die Erweiterung des Kreises der politischen Beamten bedeutet zugleich eine Vergrößerung der Aufstiegsmöglichkeiten für die vorgebildeten Beamten, da die politischen Stellen erlangungsgemäß fast ausschließlich nach parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt werden. Bei den Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten sowie den Landräten ist dies auch ohne weiteres möglich, da für diese Stellen behördenfremde leitende Stellen verlangt wird. Bei den Vizepräsidenten ist dies nur möglich durch eine Handhabung des Gesetzes über die Beförderung zum höheren Verwaltungsdienst, die dem Geist dieses Gesetzes am weitesten entspricht. Nach § 10 dieses Gesetzes ist der Beförderung zum höheren Verwaltungsdienst nämlich Voraussetzung für die Vertretung zu den Stellen der Vizepräsidenten und der Abteilungsdirigenten an den Oberpräsidien bzw. Regierungen.

Durch Gesetz vom 8. Juli 1920 wurde für Stellen der leitenden politischen Beamten abteilungen eine Ausnahme gemacht, in der Richtung, daß diese Stellen auch mit Schuldenleuten, d. h. Schuldnern besetzt werden können. Bietragen wäre nichts einzuwenden, wenn die Schuldenleuten nur mittlichs auf diese Stellen beschränkt blieben. Dies ist aber nicht der Fall; vielmehr hat man durch lähne Auslegung des § 13 des Gesetzes auch ihnen die Möglichkeit des Aufstiegs zur Stellung eines Vizepräsidenten verschafft, so daß sie nach ihrer ganzen Beschäftigung nicht in Frage kommen.

Es ist schon bedauerlich genug, wenn die Stellen der leitenden politischen Beamten mit Ankeristen besetzt werden, so ist es noch viel bedauerlicher, wenn auch ihre Stellvertreter mehr und mehr aus den Reihen der Parteibuchbeamten genommen werden.

Das geht so vor sich: Nach § 1 des erwähnten Gesetzes wird die Beförderung zum höheren Verwaltungsdienst in der Regel durch die Ablegung einer Staatsprüfung, nämlich den Referendar und der Regierungsaufführer erworben; nach § 13 kann die Beförderung auch verliehen werden an Gerichtsausschreibern und in Ausnahmefällen auch anderen Personen, die auf Grund ihrer fachlichen Vorbildung und mindestens dreijähriger Tätigkeit in einem öffentlichen Verwaltungsdienst für die Stellung eines höheren Verwaltungsdienstes besonders geeignet erscheinen. Diese Ausnahme droht in Preußen zur Regel zu werden. Auf diesem Wege werden geringwertigste

Generaloberst von Seede 65 Jahre alt.

Generaloberst von Seede wird am 22. April 65 Jahre alt. Danks von Seede wurde in Schleswig als Sohn des späteren Generals der Infanterie geboren, besuchte die Gymnasien zu Eimold und Stralsburg und begann seine militärische Laufbahn im Kaiser Alexander-Grenadier-Regiment. Bei Kriegsbeginn wurde er in den Rang eines Oberleutnants und rückte mit der Armee nach ins Feld, nahm an den Operationen bei Sedona teil und bereitete später als Oberst und Chef des Stabes der 11. Armee unter Madenjan den Feldzug in Galizien und Rußland vor. Nach der erfolgreichen Durchbruchschlacht bei Gorlice im Mai 1917 wurde er zum Generalmajor befördert. Späterhin nahm er in leitender Stellung am Feldzug gegen Serbien und Rumänien teil und wurde schließlich Chef des Generalstabes der türkischen Armee deren Erliegen er mit den geringen deutschen Streitkräften nicht mehr zu hindern im Stande war.

Nach der Revolution war von Seede an-

nächst Generalstabchef beim Grenzschutz im Osten, nahm dann als Leiter des Truppenamtes im Reichswehrministerium an den Friedensverhandlungen in Versailles teil und trat 1920 (nach dem Kapp-Putsch) an Stelle des Generals von Lüttich an die Spitze des Reichsheeres. Seine erste Aufgabe war es, die Armee auf die von Versailles vorgeschriebene Stärke von 100.000 Mann zurückzuführen. Während des Hitler-Putsches 1923 wurde ihm von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert die höchste vollziehende Gewalt übertragen. Auf Grund eines Konfliktes im Zusammenhang mit der Teilnahme eines Kronprinzenlöhnes an einer Wanderversammlung erfolgte am 9. Oktober 1926 Seedes Rücktritt.

Generaloberst von Seede gab im Herbst 1928 ein Werk „Gedanken eines Soldaten“ heraus, dem ein Jahr später ein zweites folgte, „Die Zukunft des Reiches“. Im Februar 1929 verließ ihm die Gesellschaft für Deutsches Schrifttum die Ehrenmitgliedschaft. Seit 1929 ist von Seede Präsident der Deutschen Volksarbeits-Gesellschaft und seit September 1930 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei.

Dr. Sahm übernimmt den Oberbürgermeisterposten von Berlin.



Berlins riesenhafter neuer Oberbürgermeister bei der Ankunft auf dem Bahnhof Friedrichstraße.

Ueberfallkommando verhaftet vollbesetzten Autobus

weil ein Lämpchen zertrümmert wurde.

Das Ueberfallkommando mußte in der vergangenen Nacht im Norden Berlins auf einen vollbesetzten Autobus Jagd machen. Die Verhaftung war ein Streit zwischen mehreren angeheulenden Fahrgästen und dem Chauffeur. Schließlich fuhr der Autobus unter polizeilicher Bedeckung nach der Volkswagen- in Niederschönhausen, was durch eine Verhaftung von einer vollen Stunde entfiel, so daß eine ganze Reihe von Fahrgästen den Anstaltsaufenthalt nicht mehr erreichten.

In dem geschlossenen Oberdeck des Autobus saßen etwa fünfzehn junge Burthen, die offenbar nach einem Fußballspiel geschickt hatten und mehr oder weniger stark angeheitert waren. Einer von ihnen zertrümmerte eine der kleinen Glühlämpchen, die nicht viel größer als Taschenlampebirnen sind. Darüber geriet der Chauffeur mit dem jungen Mann in Streit. Dieser meinte sich, seine Rechte nicht weihen zu lassen, und die anderen jungen Burthen ergriffen seine Partei, als er behauptete, unabsichtlich in einer Kurve gegen die Lampe gestoßen zu haben. Obwohl es sich bei der ganzen Angelegenheit um einen ganz geringfügigen Schaden handelte, ließ der Chauffeur den Wagen auf der Fahrt

durch Stankensfelde halten und alarmierte dort telephonisch das Ueberfallkommando. Auf der Weiterfahrt nach Berlin kam dann das Polizeikommando des Ueberfallkommandos heran.

Zur größten Empörung der unten sitzenden Autobuspassagiere kam es zu einem neuen längeren Aufenthalt.

Drei Beamte des Polizeikommandos besetzten die Treppe und den Ausgang in Autobus, und begleitet vom Wagen des Ueberfallkommandos, mußte der Autobus nun nach der Wache des 23. Polizeireviers in der Buchholzer Straße in Niederschönhausen fahren.

Dort mußten sich auf Anordnung der Polizeibeamten sämtliche Passagiere des Oberdeckes in die Wache zu zwecks Feststellung der Personalien begeben.

Vergeblich fragten sich die anderen empörten Anwesenden, warum die Feststellung der Personalien nicht bereits im Autobus selbst durch die Polizeibeamten erfolgt sei. Statt um 12.30 Uhr kam der Autobus dann glücklich um 1.30 Uhr an seiner Endstation in Pantow an.

Pariser Vorort durch Deichbruch überschwemmt.

1500 Bewohner obdachlos.

Durch einen Deichbruch an der Seine entfiel am vergangenen Sonntag in dem Pariser Vorort Bondy eine Ueberflutung, die jetzt immer größere Ausdehnung annimmt.

Ueber 150 Häuser wurden geräumt werden. Mit Hilfe von Truppen gelang es nach harter Arbeit, ein weiteres Zurückweichen des Wassers zu verhindern und die Brücke zu schließen. Die Hauptstraße ist auf eine Länge von 200 Meter vollkommen überschwemmt und nicht befahrbar. Der gesamte Verkehr auf dem Kanal in der bedrohten Gegend mußte eingestellt werden. Aber noch kann die Ueberflutungsgefahr nicht als beseitigt angesehen werden. Man befürchtet vor-

allem, daß die geringen Widerstände den Wassermassen nicht standhalten und diese die tiefer gelegenen Stadtteile überschwemmen werden. 1500 Bewohner sind bereits obdachlos geworden.

Filmoperateure schwer verunglückt.

In einem Kino in Proßnitz (Schlesien) geriet abends ein Film in Brand, wobei zwei Operateure schwere Verletzungen erlitten. Der eine ist seinen Brandwunden bereits erlegen. In dem dichtbesetzten Zuschauerraum entstand ein Panik. Es gelang jedoch den Bemühungen der Polizei und der Feuerwehr, das Publikum unverletzt ins Freie zu bringen. Der Brand konnte, noch bevor er größere Ausdehnung annahm, gelöscht werden.

Kürten für seine Laten voll verantwortlich.

Untersuchungsrichter und medizinische Sachverständige sagen aus.

Im Kürten-Prozess wurde am Montag die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der Untersuchungsrichter, Dr. Gerzel, sprach ausführlich über die Gehirnanfälle Kürtens, der ein höchst eigenartiges Doppelleben geführt habe. Von Interesse sei, daß er das ursprüngliche Gehirnanfall seiner Verbrechen am 24. Juni, als er seiner Frau gegenüber getötet wurde, widerrief. Er wiederholte auch vor dem Untersuchungsrichter, daß er nicht der Mörder sei, und zwei Monate lang gab er nur einige Holzschuhverleumdungen und Brandstiftungen zu. Es folgte eine Zeit lichten Murrens mit Kürten, der eine weite über seine Bildung hinausgehende Intelligenz an den Tag legte. Im August kam es endlich zu einem neuen Gehirnanfall, das sich im Rahmen der seiner Frau geltend gemachten Verbrechen hielt. Die Ueberlegung gab Kürten bis auf den Fall Klein (1913) zu. Später wollte er dies Gehirnanfall einschränken und verwarf auch, sich durch Ueberlegungen den Schuld des § 51 zu sichern, gab diese Taktik bald aber wieder auf.

Vaters des Angeklagten, der seine Aussage unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgab. Er betritt, auf einen Stoß gefaßt, den Saal.

„Vorliegender: Sie sollen Ihren Sohn oft geschlagen haben?“

„Ja, wenn es notwendig war.“

„Vorliegender: Es heißt auch, daß Sie viel getrunken haben?“

„Ja, das ist nur Gerede. Der da (auf den Sohn zeigend) trinkt viel mehr. (Seinerzeit.) Die Mutter hat ihn ganz verzogen und mit allem geschwiegen. Als Junge hat er sich immer herumgetrieben und stünder auf der Straße herum. Am liebsten hätte ich ihn totgeschlagen.“

Darauf sollen Kürtens Geschwämmer als Zeugen an die Reihe kommen. Der Angeklagte erhebt sich nun und bittet, von ihrer Vernehmung abzuhören. Der Vorsitzende wendet sich an die Zeugen, und da auch diese von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen wollen, werden sie nicht vernommen.

Eine Bekannte Kürtens macht dann interessante Angaben zur Charakteristik Kürtens. Kürten hatte die Gewohnheit, seine jeweilige Freundin auf der Straße allein zu lassen, wenn er ein hübscheres Mädchen bemerkte, um sich der neuen Bekanntschaft zu widmen. Kürten kam oft in die Wohnung der Zeugin und küßte ihr Kind, so oft er es zu Hause antraf. Die Zeugin bemerkt, daß Kürtens Mutter eine sehr brave und anständige Frau gewesen sei, die vom Plätzen lebte. Auch ihre Tochter sei eine brave Frau. Kürten litt oft an Zahnankeln. In solchen Zuständen trat ihm Schaum vor den Mund.

Eine dreißigjährige Frau erzählt u. a. folgendes: Ich habe Kürten kennen gelernt und zu ihm Vertrauen gefaßt. Einmal hielt er mit einem Male einen Sommer in der Sand. Ich schrie entsetzt auf, aber er tat nun so, als ob nichts geschehen wäre. Ein anderes Mal ließ er mit Händen und Füßen auf mich los.“

Die Zeugin war die erste, die der Polizei gegenüber den Verdacht äußerte, Kürten könne mit den Worten im Zusammenhang stehen.

Nach einigen anderen Zeugenangaben, die jedoch alle nichts Besonderliches bringen, wird die Verhandlung abgebrochen. Der heutige Tag wird weitere Zeugenvernehmungen bringen.

Die Frage des Verteidigers, ob auch ohne ein Gehirnanfall eine Ueberführung Kürtens möglich gewesen wäre, bejaht der Zeuge mit der Einschränkung, daß der Beweis in einzelnen Fällen vielleicht nicht reiflos hätte erbracht werden können.

Geschäftsrat Dr. Koch hat mit Kürten eine Ueberlegung gehabt, in der der Angeklagte ausführlich, daß die Sachverhältnisse sich keineswegs nicht zu bemühen brauchen. Er habe die freie Willensbestimmung wie jeder andere gehabt und bei der Vollführung des § 51 obskurteils werde er mit seiner Wimper zucken.

Kürtens handelte in den meisten Fällen mit Ueberlegung.

Nun erachtet Professor Berg sein Gutachten dem psychiatrischen Beobachtungen zugrunde liegen. Der Sachverständige ist überzeugt, daß Kürten in den meisten Fällen mit voller Ueberlegung gehandelt habe. Er sei ein Mensch, der vom Sadismus vollkommen befreit sei. Doch schließt dieser Umstand die freie Willensbestimmung nicht aus. In manchen Fällen werde sich der Angeklagte allerdings nicht nachweisen lassen, da Kürten in der Schilderung verschiedener Einzelheiten Erinnerungslücken zeige.

Nun folgt die Vernehmung des 71jährigen

Revierförster täuscht Zuganschieb vor.

Er wollte eine Belohnung erhalten.

Vor einigen Tagen wurde an der Taunusbrücke bei Kitz in der Gegend der Versuch eines Anstieges auf den D. Zug Wien-Pantow-Berlin unternommen. Bei der Aufstellungnahme ergaben sich Verdachtsmomente gegen den Entdecker, den Revierjäger Keller. Er wurde in Verwahrungshaft genommen und hat gefahren, die damals auf den Eisenbahnstellen Bahnschranken selbst anbracht zu haben, um den Fall melden zu können und so eine Geldbelohnung zu erhalten.

Klemperers Klage gegen den preußischen Fiskus abgewiesen.

Das Arbeitsgericht in Berlin wies am Montag nachmittags die Klage des Generalverwalters Klemperer gegen den preußischen Fiskus ab. Bekanntlich wurde dem bisherigen Generaldirektor Klemperer von der Kron-Oper seine Stellung gekündigt, weil die

Kron-Oper geschlossen werden soll. Der preussische Staat war bereit, Klemperer neben Koffer und Nach bei der Staatsoper zu beschäftigen. Klemperer verlangte jedoch, daß er bei der Staatsoper den Titel und die Rechte eines Generalmusikdirektors erhält. Diese Forderung lehnte der Staat ab, weil diese Stellung bereits der Generalintendant Tiefen innehatte. Daraufhin klagte Klemperer beim Arbeitsgericht.

Eisenbahnunglück in China.

Dreißig Tote.

Auf der Strecke Kanton-Kauin ereignete sich, nach einer Meldung Berliner Blätter aus Kanton, am Montag ein schweres Eisenbahnunglück. Infolge anhaltender Regenfälle war der Bahndamm untergraben und die Lokomotive und drei Wagen stürzten in einen zehn Meter tiefen Abgrund. Dabei wurden etwas dreißig Personen getötet und fünfzig zum Teil schwer verletzt.

MacDonalds Tochter lernt fliegen.



Hilf Mac Donald, die Tochter des englischen Ministerpräsidenten, läßt sich zur Fliegerei ausbilden; unter Bild zeigt sie mit ihrem Fluglehrer, Captain C. S. Davis, nach ihrer ersten Flugstunde.

Weisse Zähne: Ood-Zahnpasta

Zwei Einzelrats zurückverwiesen!

Die Stadtverordnetenversammlung schwächt drei Stunden lang völlig ziellos.

Merseburg, den 21. März 1931.

Als gestern nachmittags Merseburgs Stadtvater das alte Rathaus betrat, um dort ihres Amtes zu walten, über die Geschicke der Stadt zu entscheiden, da kamen ihnen auf der linken, alten Treppe, die hinaufführt zu den Sitzungsräumen, Männer und Frauen entgegen, die dort oben sich eintragen hatten in die Risten zum Volksbegehren zur Auflösung des Landtages, zum Sturz der sozialistischen Minderheit, die aus dem befreiten Staat das Freuen von heute, das Freuen der Parteiführer und Konjunkturpolitik machte.

Die bitter nur eine Reinigung der Preussischen Verwaltung an allen Wiedereingelassenen, sollte der Verkauf auch der gebliebenen Verwaltungen sein.

Im Zeichen der „Volkswohlfahrt“.

Die Regierungskräfte haben uns im Zeichen der „Volkswohlfahrt“ eine Arbeitslosigkeit beibringt, die wohl die schmerzhaftesten Kräfte der Welt in sich überführt. Und nun soll der fähigste Mensch für das neue Geschick unter Dach und Fach gebracht werden. Der Entwurf liegt vor: er „balanciert“, wie be-

Bisher 4378 Eintragungen in Merseburg.

Heute letzter Volksbegehrtag!

In Merseburg haben sich in die Risten zum Volksbegehren zur Auflösung des preussischen Landtages bis Montagabend 4378 Wähler eingetragen, die Zahl erhöhte sich bis heute mittag 11 Uhr auf 4378, so daß für Merseburg trotz allem Regierungs-Zerwürf, mit einer Differenz von 41, bis 5000 gerechnet werden darf. Dies bedeutet gegenüber den nur 126 Eintragungen zum Hunsrück-Volksbegehren einen gewaltigen Fortschritt, einen Beweis dafür, wie sehr die Bevölkerung die sozialistische Parteiführerschaft fast hat. Bis 10 Uhr abends können noch Stimmen abgegeben werden; niemand verzeime es, der bisher aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage war, zum alten Rathaus zu gehen, dort seine Staatsbürgerpflicht zu erfüllen.

Im Halle hatten sich bis Montagabend 49863 Personen in die Risten für das Volksbegehren eingetragen, was einer Beteiligung von 27,6 Prozent der Wahlberechtigten entspricht. In Hamburg betrug das Gesamtergebnis bis Sonntagabend 230 Eintragungen bei 20000 Wahlberechtigten; es haben sich somit 41 Prozent der Wahlberechtigten eingetragen.

recht herbeiführt. Der Ausgleich zwischen Einwohnern und den viel größeren Ausgaben ist dem Magistrat gelungen. — mit Hilfe von allerlei im alten Preußen kaum gebräuchlicher Fraktionen, wie ganz offen auszugehen wird. Aber wie soll eine Kommune um alles in der Welt heute anders ihren Etat aufstellen, wo Reich und Preußenregierung ganz andere, „hochpolitische“ Sorgen haben, Sorgen, die selbstverständlich der Pflicht vorausgehen, den Gemeinden auf dem Wege des Ausgleichs einen Teil ihrer Wohlfahrtslasten abzunehmen.

Warum kein Defizit-Etat?

Und die Fraktionen? Nun zum Teil fordern sie einen offenen und ehrlichen Defizit-Etat, glauben sie, daß der nur auf dem Papier vorgetäuschte Ausgleich dem Staat ein Vermeidlich sein könnte, seine Pflicht zu helfen noch länger hinauszuwischen. Was übrigens als unpolitisch bezeichnet werden darf, für das, was man von den heute Regierenden erwartet. Zum anderen Teil aber haben sie Wohlreden zu halten: für die Parteipresse, für das Publikum und die Wähler, auf der Tribüne. Das ist der Parlamentarismus im Kleinen, der so besonders peinlich wirkt, weil er ohne alle Scham, ja mit geradezu kindlicher Naivität betrieben wird.

Die zwei Seelen der SPD.

Da sind die Noten heiser Schattierungen, für die die Komunisten gibt es fast keine; denn am Spar-Etat läßt sich mit Leichtigkeit kritisieren. Und die „verantwortungsbehaftete“ Sozialdemokratie ist augenblicklich wieder einmal ihre zwei Seelen unter der mehr oder weniger harten Verachtung hier und die Arbeitslosen-Wähler und dort — die Genossen in den verantwortlichen Verwaltungsposten (und welcher SPD-Mann erträumte nicht auch für sich die gleiche Karriere). Die Sozialdemokraten stellen sich aus jenem Dilemma, indem sie sich spalten in die Parteiführer-Bemittlung.

Rationalisiert die Volksreden!

Die zwei wichtigsten Volksratsratte — Allgemeine Verwaltung und Wohlfahrtsamt — wurden an Haushaltskommission und Magistrat zurückverwiesen, nachdem man gute drei Stunden mit diesen Worten um ihren Kern herumgeredet hatte. Nun

werden die Kapitel höchstwahrscheinlich jede wesentliche Änderung schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung wieder vorliegen. Was dann? Nun bei der Preisverfassung der roten Stadt-„Bücher“ dürfte als einziges Mittel bleiben: Beschränkung der Redeweise, etwa für jede Fraktion für jedes Etatskapitel nur zehn Minuten. Völlig wird dann die Haushaltsberatung nur zur Ablauf des Geschäftsjahres abgeschlossen.

Merseburgs lebender Zeitschmerz.

Wie ein Gespenst tauchte immer wieder bei den Beratungen Merseburgs lebender Zeitschmerz auf — der Stadtbaurat, aber vielmehr seine Ersatzstelle. Soll man die Stelle im Haushalt berücksichtigen, soll man sie freilassen, das ist eine Frage, die alle Gemüter befiel, bereit als eine die kleine rund 6 Millionen, die der Wohlfahrts-

Dr. Mojschowskys Staatsrede!

Künstlicher Ausgleich. — Ohne Reichshilfe Stadtbankrott unvermeidlich.

Der Haushaltsplan des Rechnungsjahres 1931 steht vollständig im Zeichen der Wohlfahrts-erwerbslosigkeit und der durch sie hervorgerufenen Kosten. Dabei muß ich mit aller Deutlichkeit an die Spitze meiner Ausführungen stellen, daß es eine Legegerechtigkeit ist, wenn diese, aus der Wohlfahrts-erwerbslosigkeit sich ergebenden Kosten in vollem Umfang auf die Gemeinden abgemälzt werden.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat nach Ablauf von 20 Wochen und nach Ablauf der Krisenfristige für die Erwerbslosen ihrerseits nicht mehr zu sorgen. Die ganze weitere Last wird vielmehr den Bezirksfürsorgeverbänden aufgebürdet. Es liegt an der Hand, daß diese Lastverteilung sich immer mehr zu Ungunsten der Bezirksfürsorgeverbände verhält, weil die Leistungspflicht der Reichsanstalt zeitlich begrenzt ist, während von den Bezirksfürsorgeverbänden ohne jede zeitliche Begrenzung für die ausgetretenen Erwerbslosen aufzukommen ist.

Je länger also die allgemeine Erwerbslosigkeit dauert, desto größer wird die Belastung der Bezirksfürsorgeverbände! Vereinzelt ist es, um bei dem Beispiel Merseburg zu bleiben, weit mehr als die Hälfte der gesamten Kosten, die für die Betreuung des fähigsten Wohlfahrtsamtes übergegangen, und im Laufe der Zeit wird sich dies Verhältnis noch weiter zu Ungunsten der Stadt verschleppen. Gemeinliche Wohlfahrtsämter sind schon nach der Natur der Sache nicht dazu berufen, Kosten zu tragen, die über das ganze Reich sich erstreckenden Vorstände erheben.

Es muß daran festgehalten werden, daß für derartige Kosten das Reich in erster Linie aufzukommen hat.

Zu der Ungerechtigkeit tritt aber eine Unmöglichkeit! Ich sage nichts Neues, wenn ich immer wieder darauf hinweise, daß die Bezirksfürsorgeverbände völlig außerstande sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und bei den stark beschränkten Einnahmefähigkeiten noch länger die Last der Wohlfahrts-erwerbslosigkeit auf eigene Schultern zu nehmen. Schon jetzt ist eine große Reihe von Gemeinden in der Lage, die erforderlichen Mittel anzufindern und wenn die unbedingt notwendige und von rechts wegen zu verlangende Unterstützung durch Reich und Länder nicht in allerzürstiger Zeit, d. h. in den nächsten Monaten, eintrifft, dann wird sich zeigen, daß ein Bezirksfürsorgeverband nach dem anderen zusammenbricht, seine Zahlungen einstellt.

Es wäre für den Magistrat trotz der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse bei der erforderlichen Sparanstrengung und Zurückhaltung auf allen Gebieten möglich gewesen, einen ausreichenden Haushaltsplan aufzustellen, der die gesetzlich vorgeschriebenen Reaktionsleistungen befriedigt, und gegebenenfalls auch auf Zuschläge zur Bürgersteuer zu verzichten, wenn nicht die Erwerbslosigkeit ganz besonders erhöhte Anforderungen an das Wohlfahrtsamt stellte.

Ich beabsichtige nicht, auf Einzelheiten des Haushaltsplanes, der Ihnen heute zur Verfügung steht, einzugehen. Ich möchte vielmehr mich darauf beschränken, einige Bemerkungen zu denjenigen Einzelveranschlagungen zu machen, die einer besonderen Beachtung wert sind, und die im Rechnungsjahre 1931 unterzogen werden müssen.

Tabelle kommt in erster Linie in Frage der Haushaltsplan der Vermögens- und Schuldenverwaltung; er wird zum ersten Male bei

Einnahmen aus dem Lastenausgleich mit der Gemeinde Verna in Höhe von 295 000 Mark aus, die in vollem Umfang benutzt werden müssen, um laufende Ausgaben des Reich-

etat auch nach seiner funktionslosen Frierung an Zuschlag noch erfordert. Es scheint, die Leute, die zum Volksbegehren sich eintragen, werden diesem Wohlwollen als jene Stadtverordneten, die drei Stunden mit zwecklosem Geschwätz „regieren“.

Die geirrig außerordentliche Stadtverordnetenversammlung eröffnete Stadtbürgermeister Henner mit der Mitteilung, daß der Magistrat dem letzten Stadtbürgermeisterbeschlusse auf Einkauf der Wohlfahrts-erwerbslosen in die ersten Klassen abgelehnt hat. Hierauf folgte Stadtbürgermeister Henner mit der Mitteilung, daß die Wahlkommission als Schiedsmann für den 1. Bezirk den bisherigen Schiedsmann Max Käther zur Wiederwahl auf 3 Jahre vor. Man trat dann in die Beratung des Haushaltsplans für 1931 ein. Der Stadtbürgermeister Henner mit einer großangelegten Etatsrede eröffnete;

munisjahres 1931 abzudenken. Wenn man jetzt zurückblickend die Verhandlungen über den Lastenausgleich und das dabei erzielte Ergebnis ins Auge faßt, so ist der Eindruck wohl, daß bei einer weiteren Versäuerung der Verhandlungen die feigende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse den Fortgang und das Ergebnis unangünstig hätte beeinflussen können.

Darans ergibt sich, daß es richtig war, unter vorläufiger Zurückstellung weiterer Ziele sich mit dem Ergebnis auf eine höchstensmäßig kurze Reihe von Jahren abzufinden

und abzuwarten, wie die getroffenen Vereinbarungen sich auf das Nebeneinanderarbeiten der beiden Gemeinden aus bezüglich der Belastung ihrer Einwohner mit Steuern und bezüglich dessen, was die Gemeinden sich leisten können, auswirken. Dem ja doch bei Abschlus der Lastenausgleichsverhandlungen vom Magistrat mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß die getroffenen Vereinbarungen als ein befristetes Ergebnis nicht angesehen werden können, und daß allein unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse und mit Rücksicht auf die Geldbedürftigkeit der Stadt

der Magistrat sich mit diesem Ergebnis vorläufig zufrieden erklären konnte, eine Aufklärung der Stadtverordnetenversammlung in ihren wiederholten Sitzungen durchaus begeriet ist.

Zunehmend trägt das Ergebnis des Lastenausgleichs dazu bei, die Vermögens- und Schuldenverwaltung in der Lage zu setzen, daß sie gegenüber dem Vorjahre erhöhte Ueberbrücke zur Deckung laufender Ausgaben abdecken kann.

Freilich reichen diese Ueberbrücke bei weitem nicht aus, um die Ausgaben zu decken, die der Stadt Merseburg im Laufe des Rechnungsjahres 1931 bevorzugen.

Es muß deshalb zu einem Mittel gegriffen werden, das, auf die Dauer angehend, jedoch nicht erscheinen mag, das aber durch die Schwere der Zeit und durch die Verhältnisse, alle vorhandenen Ausgleichsmöglichkeiten zu erschöpfen, erforderlich wird. Es war bisher richtiger Wille nötig, die auf die einzelnen Einnahmen entfallenden Zinsen zu Verzinsung der Verschuldung zu belegen. Die Stadtverordnetenversammlung hat im Rechnungsjahre 1931 abgelehnt worden! Auch hat in Fortführung des Gehaltens, in gewissem Umfang auf eine Vermögensvermehrung zu verzichten, der Magistrat davon abgesehen, einzelne Einnahmen, wie z. B. den Schulhausneubau, zu belegen.

Auf diesem Wehlswege ist es gelungen, bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung einen Hebräerüberschuss gegenüber dem Rechnungsjahre 1930 in Höhe von 377 000 Mark zu erzielen.

Eine weitere erhebliche Minderung ist eingetreten im Haushaltsplan der Schulverwaltung; hier sind infolge der Gründung des Zweckerbundes für die höheren Schulen der Merseburger die Einzelveranschlagungen vollständig verschwinden es bleibt für diese beiden Anhalten lediglich ein Verrechnungssplan übrig, in welchem die Beiträge für Miete, die der Schulverbund an die Stadt Merseburg zu zahlen hat, in Einnahme, und die Zuschüsse der Stadt an den Schulverbund sowie die Abführungen an andere städtische Verwaltungsstellen in Ausgabe erscheinen. Wenn man bezüglich der Auswirkungen des allgemeinen Lastenausgleichs sich einer vollen Befriedigung bestimmt nicht hingeben kann,

so muß demgegenüber die Gründung des Schulverbundes für die höheren Schulen Merseburgs restlos begründet werden. Sie ist ein gegenseitiger Vereinbarung beruhender Vertrag eines verhältnismäßig vollkommen zusammenarbeitender beider Nachbargemeinden auf zunächst einem

Arbeitsgebiet, und sie hat zu einer immerhin fühlbaren Entlastung der Stadt bei den Ausgaben für die höheren Schulen geführt.

Das wird besonders klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Stadt Merseburg in dem vor reichlich zwei Jahren geschlossenen Kampf um den Sitz des Reform-Realgymnasiums durch Gemeindeführer sich dahin schicklich geordnet war, die gesamten Kosten für das Reform-Realgymnasium zu tragen.

Durch die Gründung des Schulverbundes ist nun aber nicht nur erreicht worden, daß das Reform-Realgymnasium seinen Sitz in der Stadt Merseburg behält, sondern auch daß die Gemeinde Verna im Verhältnis ihrer Schülerzahl zu der der Stadt Merseburg sich an den laufenden Kosten dieser Schule beteiligt, und weiter, daß auch in der letzten bis heute von der Stadt Merseburg allein getragenen Ober-Unterricht in demselben Verhältnis Zuschüsse der Gemeinde Verna geleistet werden.

Alles zusammengefaßt ist deswegen die Errichtung des Schulverbundes in jeder Beziehung zu begrüßen. Ob es bei der derzeitigen schwierigen Finanzlage des Landkreises Merseburg gelingen wird, auch dem Landkreis die Vergütung der Schulgebäude für Einheimische gegen eine entsprechende Beteiligung des Landkreises zu ermöglichen, muß der weiteren Entwicklung überlassen bleiben.

Wollen Sie mich bei Besprechung des Haushaltsplanes der Schulverwaltung auch eine Frage anstellen, die für die Entwicklung unseres Schulwesens gleichfalls von besonderer Wichtigkeit ist. Die Volksschulen sind durch Errichtung der Albrecht-Dürer-Schule und durch andere zweckentsprechende Maßnahmen der Stadt in durchaus hervorragender, zum größten Teile aus eigener Kraft erzielten, in einem untergeordnet — lediglich

die Mittelschule bleibt, wie angegeben werden muß, auf ein Gebührengemäß, das Verbesserung- und Erneuerungsbedürftig ist und das auf die Dauer als ausreichend für die Schule nicht mehr angesehen werden kann.

Der Magistrat steht deshalb durchaus auf dem Standpunkte, daß an die Errichtung eines neuen Mittelschulgebäudes Veranlassungen werden muß, sobald es irgend möglich ist, die Mittel zur Verfügung zu bringen, die dazu erforderlich sind. Im Augenblick freilich nimmt die Sorge für die Wohlfahrts-erwerbslosen und die Sorge für die Ausführung der dazu erforderlichen Mittel die erste Stelle ein, eine neue Ausgaben auf anderen Gebieten geleistet werden können, die zum Aufbau der Mittelschule erforderlich sind, durch die Erneuerung durch die neuerdings zwischen Reich und Ländern vereinbarten Richtlinien außerordentlich erschwert ist, und kaum damit gerechnet werden kann, daß die Genehmigung zu einer Anleihe für Schulhauszwecke jetzt zu erhalten sein wird.

Trotzdem wird der Magistrat bemüht sein, den Gedanken des Baues einer neuen Mittelschule tatkräftig zu fördern.

Das sagt freilich voraus, daß der Staat mit einem sehr erheblichen Zuschuß sich daran beteiligt, eine Hoffnung, die nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, nachdem die Reichsregierung für die Schulen der Preussischen Regierung erst kürzlich erklärt hat, daß die Stadt Merseburg eine der schmerzhaftesten Gemeinden im Regierungsbezirk sei. Eine feste Zusage, daß vielleicht schon in den nächsten Monaten die Finanzminister als genehmigt angesehen werden kann, vermag ich als Bundespräsident im Augenblick allerdings nicht abzugeben.

Weiter ist auch der Haushaltsplan der Bauverwaltung von der außerordentlich harten Sparmaßnahmen nicht unberührt geblieben. So werden Sie fast sämtliche einmaligen Ausgaben für Straßenherstellung vermissen. Zwar

Heute letzter Eintragungstag!

Wenn Du nicht durch neue Steuern erwidert werden willst, dann gibst Du heute noch ein in die Risten des Volksbegehrens! Stell dich durcheinander in die Risten zum Volksbegehren des deutschen Volkes!

Sind aus vergangenen Jahren noch einige nicht erhebliche Beträge vorhanden, aus denen Straßenverfälscherungen vorgenommen werden können, und so ist z. B. beabsichtigt, den Remarkt mit einer Asphaltdecke zu überziehen und einige kleinere Zielungsarbeiten auszuführen.

Ein wertvolles Straßenbauprogramm läßt sich jedoch aus haushaltsplanmäßigen Mitteln jetzt nicht durchführen.

Man ist ja auch schon früher der Ueberzeugung gewesen, daß Straßenbauten, wie überhaupt Ausgaben für Wohlfahrt, nicht aus laufenden Mitteln eines Jahres, sondern aus Anleiheemitteln gedeckt werden müssen. Zu diesem Grundfals zurückzuführen, zwingt die Not der derzeitigen Verhältnisse. So werden wir bei Wiederkehr geordneter Wirtschaftsver-

Aus der Umgebung.

Die unangefällige Pfarre.

Bad Lauchb. Wir wir schon berichteten, mußte die hiesige Pfarrstelle erneut ausgeschrieben werden. Auf diese Ausschreibung bin waren schon zwei Geistliche hier, um sich über Stadt und Stelle zu unterrichten. Das Pfarrhaus selbst macht einen einladenden Eindruck, so daß wohl sobald kein Pfarrer für Lauchb. zu erwarten ist.

Rinderpest trotz allem!

Bad Lauchb. Bezüglich des Rinderpestes hat sich die Gesundheitsbehörde dafür entschieden, trotz der wirtschaftlichen Notlage das Vieh kastrieren zu lassen.

"Ausgeschiedener" Architekt.

Bad Dürrenberg. In Berlin findet augenblicklich eine Ausstellung, "das billige zeitgemäße Eigenhaus" statt. In ihr werden 60 preiswürdige Häuser in Plänen und Modellen gezeigt. Unter diesen ausgesetzten Entwürfen befindet sich auch das Projekt des in Dürrenberg ansässigen Architekten Hermann Faulstich. Das ist immerhin ein zu begrüßenswertes Ergebnis unseres hiesigen Baumeisters.

Silberhochzeit.

Niederelblichem. Morgen, Mittwoch, begeht das Otto Dreifelder Ehepaar das Fest der silbernen Hochzeit.

Es knallt bald wieder.

Schaffb. Der hiesige Bürgerfährdienst erhält Sonntag sein erstes Schießen in diesem Jahre ab. Am nächsten Sonntag findet das offizielle Schießen der Vereinigung statt.

"Krieger" unterhalten sich und tanzen.

Schaffb. Der Kriegerverein veranstaltete im "Goldenen Löwen" einen außerordentlichen Unterhaltungsabend, der durch Konzertdarbietung und Theateraufführung bei den Anwesenden großen Beifall fand. In die Darbietungen schloß sich ein Ball, der Mitglieder und Gäste noch lange betraummelt.

Tragischer Tod auf dem Schulwege.

Müden. In voriger Woche gegen 7 Uhr befand sich die 15jährige S. Kiemer, Bromnadenstraße gerade auf dem Schulweg. Plötzlich brach das Mädchen zusammen und als hilflosester Notruf erging, das Kind zum Arzt bringen, konnte dort nur noch der Tod durch Herzschlag festgestellt werden. Den unglücklichen Eltern bringt uns allgemeine Teilnahme entgegen.

Die Zeit nicht vertrödeln!

Neumark. Am Montag begann auf Veranstaltung des Arbeitssamtes in der Lehrwerkstatt in Geiertrift ein Lehrgang für jugendliche Erwerbslose. Da die Teilnahme an dem Lehrgang kostenlos ist und seine Dauer drei Monate betragen soll, so ist das endlich einmal eine sehr zu begrüßende Maßnahme, vorausgesetzt, daß der für den jungen Arbeitssuchenden wirtschaftlich rechtzeitig erfolgt. Die Auszahlung der Unterbringung erfolgt wie immer bei den Weiblichen, der Kurzusleiter hat aber eine gewisse Kontrolle darüber. An die Kurzusnehmer wird gegen Zahlung von 10 Pfennig ein Mittagessen verabfolgt.

Viel überflüssige Kraft.

Neumark. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde einem hiesigen Einwohner ein in seinem Garten stehender Weidenpflanz aus der Erde gerissen; der Pflanz bestand sich etwa 1 Meter tiefe in der Erde. Die Arbeit des nächsten "Freundes" wird nicht gering gewesen sein.

Helft den Arbeitslosen!

Neumark. In Neumark und Geiertrift ist ein Auswahlgeld gebildet worden, der sich zur Aufgabe stellt, die Not der Arbeitslosenbevölkerung zu mindern. Die Einwohner der beiden Gemeinden werden gebeten, etwaige Beschäftigungsmöglichkeiten zu diesem Zweck zu melden. Die Sammelstelle befindet sich bei Frau Roth, Hauptstraße 28.

Staatliche Schülerzahlen.

Müden. Nachdem in den letzten Jahren sich die Schülerzahl verringert hatte, beginnt sie wieder anzunehmen. Am 14. April erhielt der Lehrer für seine abgelaufenen 4 Konfirmanden dreifachen Erfolg. Es kamen 12 A.B.C.-Schüler zur Reifeaufnahme, 6 Knaben und 6 Mädchen.

Anfall zum Turnertage.

Dreßden. Am kommenden Sonntag wird der hiesige Turnverein mit dem Turnen auf dem Anger beginnen. Ein Turnball beschließt am Abend die Veranstaltung.

Eine "interessante" Brücke.

Salz. Die am Bismarckweg gelegene Bachbrücke befindet sich in einem recht schlechten Zustand. Eine baldige Reparatur wäre bei dem vorhandenen starken Verkehr baldigst erforderlich, da beispielsweise eine besonders schadhafte Stelle schon seit längerer Zeit nur notdürftig mit Brettern abgedeckt ist.

In Neudöben wird nur "gegegelt".

Neudöben. Die von uns am 11. April unter "Sint Döb" mit den "Fäustern" gebrachte Nachricht wird uns von 1. Vorsitzenden B. Seibert in hiesiger Beilage berichtet, daß die prägnanten "Verfäustern" von 11 Mitgliedern des Regellubs waren.

Veuna-SPD. kämpft für ihre heiligsten Güter.

Diäten in Gefahr! — Erhöhte Zuzüge für das Merseburger Oberzeugnis-Ständiger 1/4 Millionen-Kredit für die Großgemeinde.

Veuna. Die Sitzung der Gemeindevertretung fand gestern 19,15 Uhr statt. Sie begann mit der Einführung und Verlesung des neuen Gemeindevertrages, dessen Inhalt, Ziel und ausgleichenden Maßnahmen festzustellen ist. Danach wurde der Sachverhalt über die Geschäftsfähigkeit im Stadtbau Veuna einstimmig angenommen, ebenso der übrige den Vaden im Stadtbau Veuna; damit seine Kontinuität zwischen den beiden Einrichtungen entsteht, ist der Vertrag zum die letztmögliche Ausgabe der zugehörigen Artikel genau abgelesen. Der Verbandsauschuß höherer Schulen Merseburgs beschloß in seiner Sitzung vom 20. März, die Miete für das Merseburger Oberzeugnis von 57 000 auf 60 000 Mark zu erhöhen.

Diese Satzungsänderung bedurfte auch von Seiten Veunas der Genehmigung durch eine qualifizierte Mehrheit von 2/3 der erziehenden Mitglieder. Die Gemeindevertretung hat gegen die Mieteerhöhung nichts einzuwenden; sie wird einstimmig genehmigt. Bei Punkt 5 der Tagesordnung (Ergebnis der Wahl zur Sachverständigen- und Wahlprüfungskommission) — erhebt sich eine lebhafte Debatte. Da die Kommissionen über den Ertrag nicht einigen können, schlägt Gemeindeverordneter Cornely eine Vertagung dieser Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vor; er verpflichtet sich bis dahin, die Verhandlungen zu klären und ein Rechtsgutachten in der nächsten Sitzung beizubringen.

Auch bezüglich der Sitzungsgelder sind sich die Mitglieder der Gemeindevertretung nicht einig.

Während von der Rechten Sitzungsgelder während als nicht notwendig erachtet werden, wird von Vertretern der SPD außerordentlich großes Gewicht auf deren Zahlung gelegt, damit auch der "nicht bezahlte Arbeiter" die Möglichkeit habe, die Interessen seiner Genossen zu vertreten. Der Vertrag wird dann immerhin auf 2 Mark je Sitzung ermäßigt. Bei der Abstimmung wird die Diätenerhöhung erneut beschloffen — gegen 10 Stimmen bei 2 Stimmenthaltung. Darauf erfolgt der

Bericht des Gemeindeverwalters über den Stand der Vorarbeiten für den Haushaltsplan 1931.

Die geldliche Lage der Gemeinde hat sich nicht verschlechtert, trotzdem aber ist notwendig, die Genehmigung eines laufenden Kredits bei der Mittelbehörde samt bis zur Höhe von 250 000 Mark für den Fall des Bedarfs zu erhalten; sie wird erteilt. Ueber den Grundstücksanbau zur Verlegung des Hofweges auf das rechte Saaleufer wird lebhaft debattiert; man kommt zu dem Ergebnis, daß vorläufig von einem Erwerb der angebotenen Flächenabsicht abgesehen werden soll. Auch der Erwerb des Grundstücks, das Landwirt Paul Müller-Crem-

pan anbietet, wird vorläufig abgelehnt. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung, "Verleihen" kommt der Darlehensvertrag zur Besprechung, es handelt sich um 24 000 Mark, die zu 5 Prozent verzinst und amortisiert werden sollen; der Vertrag wird einstimmig genehmigt.

Die Eröffnung des Waldbades soll ohne große Feierlichkeit vorgenommen werden. Von der SPD. wird beantragt, daß die Gemeinde aus dem Arbeitsbezirksband auszutreten habe; Verhandlungen über diesen Antrag wird für die nächste Sitzung angesetzt. Die laßt sich und ruhig verlaufene Verammlung wurde gegen 9 Uhr geschlossen.

Weibliches Skelett gefunden.

Schiffb. Bei den Ausschachtungsarbeiten die infolge der Erhebung einer Seemannsamt an Warzarten durch eine neue notwendig wurden, fand man ein weibliches Skelet, wahrscheinlich ein weibliches, das einige Jahrhunderte alt sein kann. Es rührt wohl von einem früheren Kirchhof her, der seit 1742 nicht mehr belegt wurde.

Wieder mehr Kiebitz!

Goddna. In unserer Nähe werden in diesen Tagen zahlreich Kiebitze beobachtet. Diese interessanten und nützlichen Vögel waren in den letzten Jahren hier recht selten geworden, obgleich das lumpige Gelände der hiesigen Aue ihnen günstige und ungehörte Niststätten bot.

Unter falschem Verdacht.

Schiffb. Am Sonnabend drangen Diebe in die nicht verschlossenen Räume der Angestellte einer hiesigen Firma. Sie haben dort 150 Mark bares Geld, mehrere Wertgegenstände sowie einen Koffer und eine Herrenuhr gestohlen. Der Gesamtschaden beträgt gegen 500 Mark. Die Ermittlungen nach den Tätern werden von der Polizei durchgeführt, nachdem zunächst ein Angehörter, anscheinend grundlos, in Verhaftung geraten war.

Festnahmen und Verhaftungen.

Schiffb. Am vergangenen Sonnabend wurde ein Einwohner von Schiffb. in der Straßengasse genommen. Er hatte sich in einen Kleinkaufmann verkleidet, der ausgeschlichen werden mußte. Nachdem dies geschehen wurde, er wieder entlassen. — Wegen eines fiktiven Vergehens wurde ein alter Arbeiter festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt. Das Strafverfahren gegen ihn läuft.

Wahl- und Klauenkunde.

Schiffb. Die Mündelbestände in Fischereigen Müden und Schlabbe sind von Wahl- und Klauenkunde befallen. Ueber den Bezirk ist die Sperre verhängt.

Aus der Nachbarschaft Halle

40 000 Kubikmeter Schlamm müssen heraus aus der Saale! Reinhaltungsgenossenschaft für die Weiße Elster in Sicht.

Die Reinhaltungsgenossenschaft für die Saale hielt am Sonnabend in Halle ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Die Präsidien in unserer Gegend sind in ihrer Tätigkeit schwer gelähmt, der Kampf gegen die Verunreinigung und die Verschlammung insbesondere der Saale nimmt die breitere Öffentlichkeit mit regem Interesse teil. Bei ihrer Tagung kam es zum Ausdruck; Vertreter des Regierungspräsidenten der Verbände, des Gewerbevereins samt seinen Ausschüssen, der Magistrat der Stadt Halle ließ sich durch Stadtrat Pfeiffer vertreten.

Die Stadt Leipzig die durch Einführung ihrer ungeliebten Abwässer zum großen Teil an der Verunreinigung schuld ist, war allerdings nicht vertreten; man schämt sich nicht gern Rede und Antwort zu geben.

Von grundsätzlicher Bedeutung waren die Ausführungen des Vertreters der Regierung in Merseburg, aus denen der Wille der hiesigen Behörden sprach, mit Energie und möglichster Beschleunigung für Abhilfe zu sorgen. Man hat in Merseburg erhebliche Vorarbeiten geleistet, so hat man eine Abwassertochter eingerichtet, in der die rechtlichen Abmachungen und Verträge zur Einführung von Abwässern in die Flußläufe aufzunehmen ist. An Hand dieser Ermittlungen ließ sich leicht feststellen, daß solche Rechte zum Teil gar nicht bestanden, von anderen wesentlich überschritten sind. Wasserpolizei und Drispolizei können jetzt auf Grund des gesammelten Materials eingreifen. Manche Rechte wird man auch als für die heutigen Verhältnisse zu weitgehend bezeichnen müssen.

Eine Untersuchung über eine eventuelle Ueberlastung der Flußläufe ist eingeleitet, die Städte Halle, Weißenfels und Naumburg sind angefordert, ihre Kläranlagen mit neuzeitlichen Mitteln der Technik in Ordnung zu bringen. (Solcher Kläranlagen sind jetzt längerer Zeit in mangelhaftem Zustand.)

Veider besteht keine gesetzliche Möglichkeit, Leipzig von Merseburg aus zu dergleichen Maßnahmen zu zwingen. Jedoch sind jetzt Verhandlungen zwischen den Ländern Preußen, Sachsen und Thüringen im Gange, nach denen durch einen Staatsvertrag eine "Reinhaltungsgenossenschaft der Weißen Elster"

geschaffen werden soll. Die Verhandlungen sollen bereits kurz vor dem Abschluß stehen. Zeiten sie versichert, so sollen Meinerstrat Dersch, "das von Seiten der Regierung alles getan wird, um bald erteilte Zustände in unserem Flußgebiet zu schaffen, allerdings müssen wir auf die industriellen Zustände Rücksicht nehmen; wir können die Fabriken nur zur Reinigung ihrer Abwässer zwingen, soweit es technisch und wirtschaftlich möglich ist."

Ein Vertreter der Stromabwasserabgabe auch ebenfalls eine Erklärung ab, daß man den Kampf gegen die Verunreinigungen mit allen Mitteln betreiben. Das Reichsverkehrsministerium habe im Vorjahr einen nennenswerten Betrag für Baggerungen vorgenommen; auch für dieses Jahr sei ein solcher Betrag zu erwarten.

Im Vorjahr seien aus der Saale 13 000 Kubikmeter Schlamm gebaggert worden; es müßten aber noch mindestens 88 000 bis 40 000 Kubikmeter gebaggert werden, um einigermaßen der Verschlammung Herr zu werden.

Vor allem müßten alle Beteiligten dagegen einwirken, daß Tierkadaver in die Flußläufe geworfen würden; in seinem Fluß habe er derartige Mengen feststellen können wie gerade in der Saale. Wenn auch hierfür seine Strafbestimmungen beständen, so könne man doch den Schuldigen

• eine gelassene Rechnung für den Abtransport und die Vernichtung der Tierkadaver präsentieren. — Man sollte — nach unserer

Ansicht — von Seiten der Stromabwasserabgabe eine, wenn auch geringe Befreiung ausüben für den, der einen Schuldigen namhaft macht; die Verhältnisse müßten hier durch die Arbeit der gesamten Bevölkerung und von allem der Jugend sehr bald besser.

• Derhiesige Minister Dr. Riese gab dann den beschlossenen B f a b für dieses Jahr bekannt. Vor allem werden die zweifelhafte Schiele und Ale ausgesetzt, um den Fischbestand auf gleicher Höhe zu halten.

• Nach und wahrscheinlich auch die Saale steigen nicht mehr in die verhängnisvolle Saale auf. Karpfen anzusetzen, lohnt sich in den meisten Fällen nicht, es werden nur wenig wieder gefangen. In kleinen Mengen will man im Überflut den sehr empfindlichen Zander aussetzen. Schiele werden ausgesetzt; bei Könnern 1/2 Ztr., bei Mettin 1 Ztr., bei Ermlitz-Mettin 2 Ztr., Saale 2 Ztr.

Nach Eröffnung der Tagesordnung wurde die Verammlung geschlossen, als nächster Tagungsort die Hübelsburg bestimmt.

Die Arbeitszeitverkürzung

im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am Sonntag tagte in Halle eine Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, die von über 800 Funktionären besucht war. Nach eingehender Aussprache über die von den Gewerkschaften geforderte Arbeitszeitverkürzung, die man als dringend notwendig erkannte, wurde eine Entschließung angenommen, in der das Angebot der Arbeitgeber in der Frage des Lohnausgleichs als ungenügend bezeichnet wurde.

Die Verhandlungen sollen trotzdem am Dienstag weitergeführt werden. Falls es zu keiner Einigung kommt, wollen die Gewerkschaften das Mehrarbeitsabkommen kündigen.

Professor Dr. Schneidewind †

Am Alter von 71 Jahren verstarb am Sonnabendmorgen Prof. Dr. Wilhelm Schneidewind, der frühere langjährige Direktor des Agrarhistorisch-chemischen Instituts der Landwirtschaftsakademie. Prof. Schneidewind wirkte in Halle, Freiburg, Jülich und Göttingen und trat 1888 bei der Agrarwissenschaft der Landwirtschaftsakademie in Halle ein. Am 1. März 1902 wurde er als Nachfolger von Max Maercker Direktor der Agrarwissenschaftlichen Fakultät der Landwirtschaftsakademie. Er war Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften und der Landwirtschaftsakademie in Halle. Er war Mitglied der Landwirtschaftsakademie in Halle.

Das Hauptforschungsgebiet Schneidewinds war die pflanzliche und tierische Ernährung; auf diesen Gebieten gab er eine große Anzahl von Veröffentlichungen heraus. Besonders betrafte er sich mit den biologischen Umsetzungen im Boden, Bodenimpfungen, Umsetzungen im Stallmilch, seine Aufzucht und Züchtung mit der Grünbindungsfrage auf trockenen leichten Sandböden und trockenen schweren Böden sowie auch frühzeitig mit der Kalkfrage.

1903 legte er in Paudisb. die weit bekannt gemordenen sogenannten natürlichen Düngungsversuche an, bei denen dauernd die Wirkungen der einzelnen Nährstoffe in Form von künstlichen Düngemitteln und des Stallmistes festgestellt werden konnten.

Mit dem Werke, Die Ernährung der Landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, fröhliche Schneidewind seine Tätigkeit.

Ein besonderes Verdienst Schneidewinds war es, daß er seine Arbeiten voll und ganz auf die Zwecke der Landwirtschaftlichen Praxis richtete, dabei aber den Boden der Wissenschaft nie verließ und nur solche Erfahrungen befolgte, die eingehend durchgeprüft waren.

Semesterbeginn

der Verwaltungsakademie.

Beginn des Sommersemesters.

Am 30. April beginnen die Vorlesungen des Sommerhalbjahres der Verwaltungsakademie. Die Vorlesungen finden wieder abends statt in den Räumen der Universität. Es lesen Prof. Fleißmann über "Preussisches Staatsrecht", Prof. Willinger über "Verwaltung und Ordnung" und der Oberlehrer, Notarverordn. Auswahlgeld einzelner Stoffgebiete u. a. Prof. Böhm über das "Recht der Schuldverhältnisse", allgemeiner Teil, Prof. Schmidt über "Schuldverhältnisse in einzelnen" (Sauf, Darlehen, Miete, Vererbung usw.). Prof. Böhm hat über "Verwaltungsakademie" in der "Verwaltungsakademie des Nationalstaates", Prof. Böhm über "Agrarpolitik" (Entwicklung, gegenwärtige Lage der Landwirtschaft).

Es sei darauf hingewiesen, daß zu den Vorlesungen außer Beamten auch Angehörige und Angehörige der freien Berufe zugelassen sind. Volkshörere zahlen für ihre Vorlesungen des Sommerhalbjahres eine Beiträge von 15 RM. Anmeldungen an die Geschäftsstelle, Berliner Straße 1.

Wettervorhersage.

Vorhergabe bis Mittwochabend: Zunächst wieder trübes Wetter mit Regen; später aufheitern und wärmer.





**Vorratswirtschaft im
„ommerlichen Haushalt.**

Zu Großmutter und Urgroßmutter Zeiten war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Vorratskammern stets aus beste gefüllten waren; daß an der Decke wohl aufgereicht Schinken und Speckstücke hing und die Frühen und Späten handliche Rechenbalken für den Gebrauch kommende Jahresgüter enthielten. Von solcher Wirtschaft sind wir heute abgekommen. Auch die weltbeweise Hausfrau weiß, daß Vorräte an Dingen, die überzeitlich zu haben sind, nützliche Geldfestlegung bedeuten, ohne Mißlingensgefahr vor allem. Die moderne Hausfrau denkt auch den so wichtigen „Materialismus“ durch Altern und Liegen und — hat auch nicht mehr die Speichergelüste, die in Zeiten des Raumbüßertums nicht mangelten. Die moderne Hauswirtschaft lebt also von der Hand in den Mund?

Keineswegs. Man mag vielleicht in Amerika solche Methoden treffen, wo der Mittelstand und oft auch der Arbeiter es vorzieht, sich die durchgekauften Zielobjekte reparieren zu lassen, und jung und alt, Weib, Mann und Kind der Barale hübsigen: Kaputt! Weil solche Augenblickswirtschaft behagt der europäischen und sicher gar der deutschen Hausfrau nicht. Man will das Gute nutzen, man muß und will sparen. Das heimliche Rezept für die wirtschaftliche Hausfrau liegt wohl in der Mitte: kein unnützes Speichern, aber auch kein Verwerfen. Vorräte an Speisewaren müssen bei der ordnungsmäßig arbeitenden Hauswirtschaft allerdings vorhanden sein, aber nur in dem Umfang, der einzeln-zeits verbilligten Einkauf, auf der anderen Seite unmittelbare Lagerung des Obstes verbietet.

Die Entwicklung des modernen Stadtlebens erfordert ein Eingehen auf dieses Problem, denn die Wohnverhältnisse erlauben sich immer mehr von der Stadt und den Einkommenszentren. Das jeweils ausgeübte Handwerk muß sich lohnen und die Zeit dazu im Winter in die Gärten des Verdesens geringer, da man in den meisten Wohnungen eine feine Speisekammer hat. Wie aber an den heißen Tagen im Sommer? Da scheint die verbilligte Vorratswirtschaft gänzlich unangebracht; denn die feinsten Vorratskammern, Fleisch und vor allem Milch kann man ja auch einige Stunden halten, ohne daß sich Veränderungen im Geschmack der Nahrungsmittel bemerkbar machen. Soll man also in den heißen Monaten auf die Vorteile des guten Einkaufs verzichten und teurer „von der Hand in den Mund“ leben?

Das ist durchaus nicht nötig, wenn man über einen elektrischen Kühlstrahl verfügt, wie er jetzt in verschiedenen Ausführungen — wohl etwas teurer als früher — ist. Der Kühlstrahl arbeitet völlig automatisch; ein Relais bringt die Kühlvorrichtung immer wieder zum Arbeiten, sobald die Temperatur im Kühlstrahl unzulässig ansteigt. Die Kühlvorrichtung selbst ist sehr einfach aufgebaut, daher durchaus betriebssicher. Ein kleiner Motor bringt eine Flüssigkeit zum Verdampfen; da diesem Vorgang erforderliche Wärme wird dem Kühlstrahl entzogen, dessen Temperatur entsprechend auf die für die Kühlung erforderlichen Grade sinkt und die enthaltenen Vorräte an Fleisch, Gemüse, Eier, Milch, Bier usw. vor Verderben schützt. Wasserantrieb ist nicht erforderlich. Der Kühlstrahl kann an jede beliebige Steckdose angeschlossen werden. Die Anschaffungskosten sind, wie auf der beigefügten Broschüre zu sehen, sehr gering worden. (Heberichs steht in Halle in der R.-Zahlplan der Weges als Zahlungsvereinfachung zur Verfügung.) Die Stromverbrauchsfiguren sind sehr gering und fallen gegenüber der wirtschaftlichen Ausnutzung des Stromes kaum in Betracht.

Die Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kinder.

Der Leiter der Universitätsklinik in Heidelberg hat auf eine Umfrage, die an verschiedene Ärzte gerichtet war, Ausführungen über die Folgen der Arbeitslosigkeit der Eltern für die Kinder gemacht. Die wirtschaftliche Lage der Eltern, die ohne Zweifel mittelbar oder unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern zurückzuführen sein dürfte, erinnern in lebhaftester Weise an die Ära der Kriegsjahre. Verminderung und Verarmung, die seit Jahren geschwunden waren, kehrten wiederum häufiger zurück. Mütter und Väter sind wieder in einem entsetzlichen Zustand. Die Kinder werden nicht gebildet, „weil keine Kohlen zum Heizen da sind“. Die Kinder werden zu weilen deshalb nicht angekleidet, „weil die Kinder im Winter nicht genug zum Anziehen haben“. Mütter sind zwar vorhanden, aber der Anzug fehlt. Die ärztliche Hilfe in der Ambulanz wird zu spät aufgesucht, „weil das Fahrgeleit nicht aufzubringen war“.

Sehr auffällig ist die starke Abnahme der Einschulung kranker Säuglinge. Atrophie und englische Krankheit, die seit 4 Jahren so häufig von der Milzblase verdrängt wurden, lag man wiederum in diesem Winter. Was aber das schlimmste ist, ist, daß dem Kriege nicht mehr beachtet wurde: Kleinkinder mit Kopfschmerzen, Blutarmit, Dün-

madtsanfällen und Schwindel lachten neuerdings wieder auf. Es gehört kein großes Schicksal dazu, diese Zustände mit den Augen über die Art der Ernährung in Zusammenhang zu bringen, und sie als Folgeerscheinungen des Hungers zu deuten. Alle diese Mängel und Schwächen haben sich in den letzten Monaten vermehrt und verstärkt. Die Popularisierung der Vitaminlehre hat in den letzten Jahren einige Früchte getragen. Dieser Erfolg hat aufgehört zu wirken, wenn wir mit Schreden wahrnehmen müssen, daß Kleinkinder Gemüts kaum mehr, Obst und Fruchtstücke überhaupt nicht mehr verabreicht werden, weil all diese Dinge „zu teuer“ sind.

Aus der Lebenswelt der jungen Mädchen.

Von Gertrud Siebert-Draufewetter.

Dem Kenner der Vormundschaftsgerichts angehängt ein Schreiben von zwei jungen Mädchen im Alter von 15 und 16 Jahren in der Forderung zu, sie von der gesetzlichen Vormundschaft ihrer Großmutter — seiner Großmutter im weiteren Sinne, sondern mitten im öffentlichen Leben stehend — zu befreien, da diese der eigenen Lebenswelt bereits allzu fern gerückt waren, um die Lebensbedürfnisse der heutigen weiblichen Jugend, das Weiterwerden und ihr Einverständnis und Eigenwollen verstehen zu können. In schriftlicher Form kommt hier zum Ausdruck, was ein vierjähriger Krieg verurteilt hat.

Ein klaffender Riß von Generation zu Generation

Der für die im Ausmaß der Hauptberufstätigen ungeliebter fortgesetzt wird, weil nicht Müttern und Jung, sondern zwei durch ein Weiterleben von einander getrennte und daher sich fortwährend bestehende Weltanschauungen im herbeistürzt haben. Die Frauen sprechen von einem gewissen Recht auf Verbesserung gegenüber dem Zusammenbruch einer ganzen Epoche und denken wunder wie tolerant sie sind, daß sie aber jodeln Voreingenommenheit einseitig hinzuschreiben. Die Erfahrungen geben vielleicht nicht mit Unrecht irdenen Einflüssen und Suggestionen die Schuld. Vor allem den jüngsten Dichtern und Denkern, die von Weichlichem Geist getragen, behaupten, daß die jetzt herrschende Generation nur Zimmerbauern, von Jugend, Moral und Sitte vorgebildet habe und darum zur Hochhaltung eigener Sittlichkeitsvorstellungen geneigter gewesen wäre. Sie überall, wo Disharmonien herrschen, trägt immer der andere die Schuld. Das ist verständlich. Unverständlich jedoch ist die geringe Selbstkritik auf der ganzen Linie. Dieses traurige Thema von der Entfremdung zwischen Vorgesetzten und heutiger Generation ist jedoch bereits so oft, so eingehend und tiefgehend behandelt, ebenso die Schuldfrage seit langem Gegenstand ernstlicher schriftlicher und mündlicher Erörterungen ist, daß man beides bei objektiver Betrachtung der Lebenswelt anderer beinahe jungen Mädchen getroffen für eine Weile aus Gerechtigkeitsgründen auf sich beruhen lassen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß sie den Ästen in der Kinderstube erleben und daß ihre Entwicklung in eine Epoche allgemeiner Notlosigkeit, allgemeiner Not und Bedrängnisse fiel, die zu Klarheit und Einsicht wenig

einflößt. Nur darin müssen wir der Jugend recht geben, daß ihre praktische, geistige, wissenschaftliche und gesellschaftliche Lebenswelt von der früheren Generationen in allem abweicht. Und wenn sich selbst innerhalb der jungen Lebenswelt gewisse Unebenheiten, Kammern und Spalten zeigen, so sind diese, abgesehen vom Politischen das zum Teil herangerufen durch die verschiedenen Bildungsrichtungen, die verschiedenen Bildungsziele zeigen.

Es ist ja selbstverständlich, daß das heutige Leben in Virus, auf Keimern, in Großbetrieben vor Schreibern und Rechnermaschinen, vor Kassen- und Kontobüchern ein anderes ist als das im Krankenzimmer, am Krankenbett oder im Schulstuhle, ein anderes auch wieder auf den Hochschulen. Trotzdem schließt schon allein der Zusammenbruch Gegenwart so viel Gemeinliches im Guten und Bösen in sich zusammen, gemeinsamen Kampf mit gemeinsamen Kampfmethoden, gemeinsamen Sorgen und Freuden, das solche äußerlichen Unterschiede gegenüber der Gesamteinstellung der weiblichen Jugend kaum ins Gewicht fallen. Jedes einzelne junge Mädchen arbeitet, sobald es die Arbeit übernimmt, auf höherem oder langwierigerem Wege, die nach Verhältnisse und wirtschaftlicher Lage der Eltern.

Irgend wie auf berufliche Selbstständigkeit

Es ist ja selbstverständlich, daß das heutige Leben in Virus, auf Keimern, in Großbetrieben vor Schreibern und Rechnermaschinen, vor Kassen- und Kontobüchern ein anderes ist als das im Krankenzimmer, am Krankenbett oder im Schulstuhle, ein anderes auch wieder auf den Hochschulen. Trotzdem schließt schon allein der Zusammenbruch Gegenwart so viel Gemeinliches im Guten und Bösen in sich zusammen, gemeinsamen Kampf mit gemeinsamen Kampfmethoden, gemeinsamen Sorgen und Freuden, das solche äußerlichen Unterschiede gegenüber der Gesamteinstellung der weiblichen Jugend kaum ins Gewicht fallen. Jedes einzelne junge Mädchen arbeitet, sobald es die Arbeit übernimmt, auf höherem oder langwierigerem Wege, die nach Verhältnisse und wirtschaftlicher Lage der Eltern.

Es ist ja selbstverständlich, daß das heutige Leben in Virus, auf Keimern, in Großbetrieben vor Schreibern und Rechnermaschinen, vor Kassen- und Kontobüchern ein anderes ist als das im Krankenzimmer, am Krankenbett oder im Schulstuhle, ein anderes auch wieder auf den Hochschulen. Trotzdem schließt schon allein der Zusammenbruch Gegenwart so viel Gemeinliches im Guten und Bösen in sich zusammen, gemeinsamen Kampf mit gemeinsamen Kampfmethoden, gemeinsamen Sorgen und Freuden, das solche äußerlichen Unterschiede gegenüber der Gesamteinstellung der weiblichen Jugend kaum ins Gewicht fallen. Jedes einzelne junge Mädchen arbeitet, sobald es die Arbeit übernimmt, auf höherem oder langwierigerem Wege, die nach Verhältnisse und wirtschaftlicher Lage der Eltern.

— raut, schlant, zassig, — unterleben den gleichen Gegebenheiten der Schönheit und Körperpflege, der Schönheit und Symmetrie, hübsigen alle gleichmäßig der Liebe zu ihrem Körper, zu ihrem Ich, zum Leben. Daher leben sie auch — mit einigen Abweichungen natürlich — alle einander ein wenig ähnlich. Auch was ihre Geisteswelt, was ihre Weltanschauung anbelangt, vertritt sich diese eigenartige Solidarität. Das unermüdete Leben, das sie alle irgendeine anstreifen, dem sie eigenweise beikommen müssen, hat sie abgehärtet, sie sind unheimlich, maßlos auf sich selbst und vollkommen selbstlos.

Ob das alles von der hohen Werte der Erfahrung gelte, was über Sadel bedeutet, kommt auf die einzelne Einstellung an. Wer der Gegenwart hoffnungsvoll und bescheiden gegenübersteht, wird auch

Das heutige junge Mädchen bejahen

wer skeptisch ist, wird es nur schwer begreifen, daß nicht viel mehr denn nur der Gegenwart gegenüber der heutigen Gegenwart Platz greift unter der kämpfenden Jugend. Demnach, was die jungen Mädchen bei ihren Freiheiten beabsichtigt, in ihren zum Teil aus eigenen Mitteln der weiblichen Jugendbewegung geschlossenen Kreisen, oder auf Wanderung, vor etwa auf einer Studientournee lag, wie sie menschlich richtig, selbstbewußt, am Sonnenüberglänzten Festsitzmorgen, Sand in Hand, zu weiten oder breiten, sich ausbreitenden Geistes durch Waldesschatten und Tannenruhm den Weg nahmen und inmitten einer begnadeten Gotteswelt haltmachten. Austausch stellen über Zweck und Ziele ihrer unendlichen Verbundenheit der Welt, daß wir ihrer besseren Zeit entgegenberufen und daß die Jugendmenschen fortleben, wenn auch im neuen Gewande, und wird aus vollem Herzen mitwirken in den Lebensgefang unserer großen, deutschen Dichterin: O Leben, o Schönheit.

Aus aller Welt.

In einem einzigen Kreis in der polnischen Provinz Priesland, der im ganzen 13 Pfarrdörfer zählt, sind nach der Berufung von Fräulein A. Fregel — die bis jetzt als Lehrerin bei der „Memoranden Reformierten-Gemeinde“ in Rotterdam war — nunmehr drei weibliche Pfarrer tätig: Fräulein E. C. Doyer in Nottebohl und Witwe, Fräulein M. Z. Gertruisa in der St. Anna-Barockie und Fräulein A. Fregel in Dorfham.

Die russische Frau ist nicht nur in allen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft tätig, sondern sie hat auch den größten Anteil an der Landesverteidigung. Die Milch besteht zu 40 Prozent aus Frauen. Etwa 200000 Frauen werden zur Zeit mit militärischen Arbeiten beschäftigt, und zwar werden 60000 in allgemeinen Kriegsdienstleistungen ausgebildet, 11000 in der Kriegschule, 18000 im Nachrichtendienst, 9000 im Schützen und 4300 bei der Reiterei. 1920 dienten 74000 Frauen in der Roten Armee, und gegenwärtig sind mehr als eine Million den Wehrverbänden eingegliedert. Eine große Anzahl ist bei Sanitätsabteilungen beschäftigt.

Ein Film, der nur von Frauen geschaffen wird, befindet sich gegenwärtig in Sollnowo in Kiew. Er handelt sich um den ersten Staffilm Russ Gasterons, ein Drama der Mutterliebe, das den Titel „Sarah und Sohn“ führt. Regie führt Dorothy Kramer, der einzige weibliche Regisseur der Paramount, das Filmanifestrikt Jördis Joe Nikiss, Verma Wilis ist mit dem Schneiden des Films beauftragt, und Henrietta Cohn überwacht die Produktions-Ausgaben. Nur zwei Männer sind bei dieser Filmproduktion verantwortlich tätig, nämlich der Kameramann und der Fototechniker.

Früh vor der Schule.

Von Stadtmedizinalrat Dr. med. Marloth-Weipzig.

Früh war ein Langschläfer und konnte sich nicht rechtzeitig aus dem Bett finden. Das kam daher, weil er schwer einschlief und viel wildes Zeug träumte. Den Grund hierzu fand ein Entel, der gerade zu Besuch war. Fröh ging nämlich gleich nach dem Abendrot schlafen, oft faute er sogar noch während des Ausziehens. Es hatte niemand daran gedacht, daß die erliche Bedienung des Abendrotens eine gewisse Unruhe in Fröhens Magen und Körper hervorrief.

Von dieser Zeit an bekam Fröh sein Abendrot mindestens eine Stunde vor dem Schlafengehen. Er hatte sich aber das lange schlafen zu sehr angewöhnt und es besser machen zu können. Er mußte ihn die ältere Schwester mit dem nassen Schwamm aus dem Bett treiben. Zum Waschen war nicht viel Zeit, noch weniger zum Kaffeetrinken, der oft hinuntergerollt wurde; mit dem Brot oder Weiden in der Hand, der Schürzenen auf dem Hüften rannte er in die Schule. Heberbrut keine Zeit blieb übrig für das betradt Blähigke, was jeder geduldbringende Mensch morgens vor dem Tageswert berichten soll. Es war

kein Wunder, daß Fröh verstopft und in unbehaglichem Empfinden auf seiner Bant lag.

Das war er sowieso nicht, die Austein sollten erst herbei werden. Das Kennen zur Schule mit dem schlechtesten „Mittagsfrühstück“ und der morgens häufig nicht entleerte Darm war seinem wachsenden Körper auch nicht dienlich. Es war kein Wunder, daß er oft müde und schlaff auf seiner Bant lag und nicht so gut aufpassen konnte, wie die anderen.

Die Eltern konnten sich das nicht erklären; er war doch zu Hause ein lebhaftes Kreisel, der nicht dumm oder schüchtern war. Die Schuppen lief es ihnen vor den Augen, als sie in einem Vortrag eines Elternabends folgende Schullinderregeln hörten: Bis deinem Kinde 1-2 Stunden vor dem Schlafengehen das Abendrot! Das es dabei sagen, nicht umhergehen! Weide es rechtzeitig vor dem Schlafengehen! Am stärksten muß es in Gemütsruhe trinken und laufen! Zeit für das Wichtigste (Stuhlgang) am morgen muß da sein, ehe es in die Schule geht! Keinen Weintaus auf Schule!

So kommt Fröh unendlich gut vorbereitet auf die Schulbant und kann gut aufpassen und lernen.

Aus der Heimatkommunifische Lärmsagen in der Stadtverordnetenversammlung.

Alteisen (Saale). Nachdem die vorangehende Sitzung infolge Ausbusses des Mandatsrats so an negativ verlaufen war, brachte die jüngste Sitzung außer persönlichen und sachlichen Angriffen der Kommunisten überhaupt kein Ergebnis.

Verhängnisvolle Schwarzfahrt.

Naumburg. In der Nacht zum Sonntag verunglückte an der Jahnstraße ein Berliner Auto. Der Chauffeur, dessen Verstoß in einem hiesigen Hotel wohnte, unternahm wieder deren Warten eine Schwarzfahrt.

Einschub im Landratsamt.

Naumburg. In der Nacht zum Montag wurden wiederum die Büroräume des Landratsamts und der Allgemeinen Armenvereinskasse und Landratskanzlei des Landkreises von Eindringern heimgesucht.

Neue Landwirtschaftliche Haushaltungsschule.

Naumburg. Die Reihe der in Naumburg befindlichen landwirtschaftlichen Institute und Behörden (Zweigstelle der Biologischen Reichsanstalt, Döbmitzversuchsanstalt, Staatl. Rechenvereinsamt) im Vorjahr angekauft wird um eine weitere Anstalt, nämlich eine der Landwirtschaftsämter der Provinz

Sachsen unterstehende landwirtschaftliche Haushaltungsschule errichtet. Die Stadtgemeinde hat für die Unterbringung und Betrieb der Haushaltungsschule das ehemals Döbmitz Grundstück an Bürgergarten (Reichstraße Str. 1) vom 1. Oktober d. J. ab auf Jahrzehnte hinaus vertraglich zur Verfügung gestellt.

Zum Kampf zwischen Förster und Wilderern Der Jagdschubbeamte in äußerster Gefahr.

Eisenach. In dem Drama im Walde, bei dem zwei Wilderer erschossen und ein Förster verwundet wurde, werden jetzt noch folgende Einzelheiten bekannt:

Auf seinem Wandergang stieß am Sonnabend der seit 6 Jahren in Eisenach anlässige Förster Safrath zwischen 8 und 9 Uhr vormittags im Hilsbüschel Didiich unweit des Dolentopfes auf drei verdächtige Männer, in denen er Wilderer vermutete.

Schub drang zwischen Ring- und Triftfinger ein, durchlöcher die Hand und trat erst am Unterarm heran. Kampfsüchtig gemacht und furchig dem "Grünen Jäger" zuflüchten.

Die Kriminalpolizei nahm mit mehreren Beamten sofort die Ermittlungen am Tatort wieder photographiert und später untersucht. Friedrich Müller, der den Mordanschlag, war ihm unbekannt. Safrath forderie wiederholt die Männer auf, den Inhalt des Rucksackes vorzuzeigen.

Wenn die Kriminalbeamten kommen und mich holen, dann verzehle ich ein paar und die letzte Angel ist für mich.

Die drei Kriminalbeamten führen, begleitet von einem Ueberfallkommando, sofort nach dem Tatort.

Die Waffe bereits entzündet. In der Tatze. Wilhelm Fischer wurde nach der Polizei gebracht. Bei seiner Vernehmung hat er die Schilderung des Försters Safrath im großen und ganzen zugegeben.

ein zusammengelegtes Gewehr

zum Vorhinein brachte und auf ihn anlegte. Der Förster hatte seine Dienstwaffe schon bereit, machte sofort von ihr Gebrauch und brachte Gerhard Fischer mit einem auf gerichteten Schuss nieder.

das sich in dem Rucksack ein Revolver gefunden habe. Die Waffe in der Hand zu halten im Revolver habe er einen vorübergehenden Auto mit der Bitte übergeben, ihn in einem Lokal in der Franfurter Straße niederzuliegen.

Kriminalbeamte begaben sich mit Fischer nach dem sogenannten Neuen Platz, wo die Waffe versteckt sein sollte. Die Gewehre wurden jedoch trotz eifriger Suchens nicht gefunden.

„Betriebsanwalt“ Winter.

Leipzig. Die Große Strafkammer des Landgerichts Leipzig beschäftigte sich wieder einmal mit dem „Betriebsanwalt“ Gustav Winter aus Großjena bei Naumburg, der vom Schöffengericht in Leipzig im November 1930 wegen Steuerunterschreitung im 3000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt worden war.

Mühselige Wanderung.

Kameraderen. Am Freitagabend kamen noch seltene Gäste. Eine Herde Gebirgsstafel mit zwei Hirtinnen machten hier im Mühlengarten Rast. Es waren 80 Stiere mit vielen Kümmern, die erst unterwegs das Vieh der Welt erblickten.

Die verschwundene Geldbörse.

Freitungen. Vor langer Zeit kam einer hiesigen Bauernfrau ihre Geldbörse mit ansehnlichem Inhalt abhanden. Niemand konnte sich das Verschwinden erklären. Man nahm an, daß sie gelassen sei. Jetzt hat aber drei Jahren später wieder der Bauer, der mit dem Heimeisen des Alexander beschäftigt waren, eine unaufrichtig gewordene Börse.

Stück in der Weihnachts.

Zechnig. Innerhalb 25 Monaten brachte eine Kuh beim Landwirt W. Albrecht sechs lebende Kälber zu Welt, und zwar am 14. März 1929, den Vorkälber, daselbst am 17. März 1930 und am 17. April 1931.



MAGGI'S SUPPEN 10 Pig. kosten nur noch 10 der Würfel

Das Wagnis der Hanna Leutgeb der Roman einer tapferen Frau von Philipp Berges

116 Fortsetzung Copyright by Karl Duncker Verlag, Berlin. Eine Stunde hatte die Darlegung gedauert. Hanna hatte Albertus den Briefbogen unterbrochen und fragte gestellt, die Hanna nur ermunterten, denn sie fühlte, daß sie jetzt einem

Ich fürchte, ich kann Ihnen nichts abschlagen", sagte er. "Jetzt können Sie sehen, was ich so häufig verriechen haben, daß Sie mein Freund sind!" Albertus legte den Arm zart um die Schulter Hannas. "Werden Sie auch meine Freundin sein?"

Dreizehntes Kapitel.

Nachmittag um sechs Uhr kam Baron Karl-Dio nach dem Bahnhof in Naumburg an. Er hatte seine Anzüge in einem eleganten telegraphisch Hanna mitgebracht. Eine schwere Panne hatte ihn gezwungen, in der Nähe von Erfurt ein Notquartier vorzunehmen. Da der Schaden nicht groß genug zu sein schien, war sich der Baron entschlossen, im Laufe der Fahrt die Ortsherberge liegen und sehr mit der Eisenbahn weiter.

Der Baron stand da wie vom Donner gerührt. Das war die Katastrophe. Nun ging alles in die Brüche. Der Leutgeb hatte Hanna umgarnet. Vielleicht war alles, was er an ihrer Rettung tun konnte, schon zu spät. Warum mußte er auch den Dummengewinn nicht begreifen, sich in Weibemühe zu billigen, anstatt Hanna gleich mitzunehmen? Er hätte sie, wenn sein Vorhaben gelang, überlassen wollen. Andererseits wollte er ihr, falls seine Idee zu Wasser wurde, eine Entschädigung ersparen. Und nun? Sollte er die halbe, harte Hanna, zu der er wie zu einem höheren Wesen aufblickte, überhändigt haben?

